

2 Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Stellungnahme 16/1113
Stellungnahme 16/1121

Ausschussprotokoll 16/363

Vorsitzender Christian Dahm leitet ein, zum ELAG-Änderungsgesetz habe man zum 11. Oktober 2013 ausschließlich eine schriftliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände durchgeführt; die Stellungnahmen lägen vor. In der letzten Sitzung habe man die Beratungen zum Gesetzentwurf aufgenommen; die abschließende Beratung sei für die heutige Sitzung vorgesehen.

Michael Hübner (SPD) führt aus, hierbei handelt es sich um einen mit den kommunalen Spitzenverbänden ausreichend und umfassend abgestimmten Gesetzentwurf. In einem Punkt sei immer wieder zu hören gewesen, dass es sich lediglich um eine Verrechnung von Ansprüchen handeln würde, was definitiv nicht so sei; denn im Gesetzentwurf finde sich ein Forderungsverzicht des Landes für zwei Jahre. Dabei handle es sich um einen ausdrücklichen Wunsch im verhandelten Gesamtpaket. Insofern verdiene dieser gut ausgehandelte Vorschlag auch Zustimmung.

Die Kollegen der Opposition wolle er daran erinnern, dass Auslöser für die Veränderungen ein verfassungsgerichtliches Urteil gewesen sei. Dem folge man mit diesem Einheitslastenabrechnungsgesetz. Es handle sich hierbei um eine gute Botschaft, weil es dadurch auch eine nachhaltige Entlastung für die kommunale Familie gebe.

Mario Krüger (GRÜNE) knüpft an die Ausführungen seines Vorredners an und macht in Richtung CDU und FDP deutlich, dass die Koalition am kommunalfreundlichen Kurs festhalte. Dies sei nicht nur an diesem Gesetz festzumachen, sondern auch beim vorherigen Tagesordnungspunkt. Man heile das, was Schwarz-Gelb in den letzten Jahren mit ihrem Raubzug durch die kommunalen Kassen angerichtet habe. Dabei handle es sich um erhebliche Beiträge, die den Kommunen vorenthalten worden seien. Man signalisiere nun bezogen auf Zahlungen, auf die normalerweise das Land Anspruch gehabt hätte, Entgegenkommen und werde im Rahmen einer Verrechnung auf den stolzen Betrag von 230 Millionen € verzichten.

André Kuper (CDU) will die letzten Ausführungen nicht so im Raume stehen lassen, wenn in diesem Zusammenhang von einer freiwilligen Maßnahme und von Kommunalfreundlichkeit gesprochen werde. Er erinnere daran, dass letztlich der Verfassungsgerichtshof Rot-Grün bewegt habe, diese Änderung vorzunehmen. Gut ein bis anderthalb Jahre habe Rot-Grün Zeit gehabt, diese Änderung anzupacken, was je-

doch nicht geschehen sei. Es habe also erst der Klageerhebung der kommunalen Familie bedurft.

Michael Hübner (SPD) entgegnet, Herr Kuper werde sich als Vertreter im Städte- und Gemeindebund seinerzeit sehr genau daran erinnern, welche Landesregierung Verfassungsbruch an der Stelle begangen habe, nämlich bestimmt nicht die jetzige Landesregierung, die sich nämlich dadurch ausgezeichnet habe, dass sie während des Prozesses keine Nachforderungen gegenüber den Gemeinden vollzogen habe auf der Basis eines wie auch immer gearteten und möglicherweise kurzfristig eingebrachten Gesetzes.

Vielmehr sei es den Regierungsfractionen immer darum gegangen, diesen schwarz-gelben Verfassungsbruch zu heilen, und zwar so, wie man es auch tun sollte, nämlich im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Kommunen vor Ort, um so zu einer guten Lösung zu kommen. Insofern sollte man nicht den Leuten Sand in die Augen streuen, als ob Schwarz-Gelb seinerzeit keine Verantwortung dafür getragen habe.

Kai Abruszat (FDP) meint, die Kollegen Hübner und Krüger hätten ein Marketingseminar besucht und gelernt, wie man es macht, Dinge als Erfolg zu verkaufen, die man selber gar nicht verantwortet habe. Diese Diskussion sei aber müßig.

Zum Thema Verfassungsbruch falle ihm ein, wie viele Landeshaushalte Rot-Grün seit 2010 in den Sand gesetzt habe. Er empfehle, diese ritualisierten Debatten sein zu lassen. Zum Stichwort Raubzug falle ihm ein, dass den Kommunen 50 Milliarden € seit Anfang der 80er-Jahre durch die Absenkung des Verbundsatzes von 28 auf 23 % fehlten. Man sollte vielmehr über die Zukunft reden und nicht über die ritualisierten Argumente, die die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf den Zuschauerplätzen überhaupt nicht interessierten.

Beim ELAG werde man sich, wie er bereits im Plenum angekündigt habe, enthalten, weil eine Zahlung in Richtung kommunaler Familie richtig und geboten sei. Doch dazu, wie die Regierungsfractionen dies ausschachteten und für parteipolitische Zwecke instrumentalisierten, könne man nicht die Hand reichen.

Vorsitzender Christian Dahm ergänzt seine Eingangsbemerkungen mit dem Hinweis, dass der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf angenommen habe.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP zu.



Ausschuss für Kommunalpolitik

43. Sitzung (öffentlich)

8. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **9**

1 Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3968

In Verbindung mit:

Zwangsabgabe verhindern, Stärkungspakt nachbessern – Vermeintlich starke Kommunen dürfen nicht durch rot-grüne Umverteilungspolitik unter die Wasserlinie gezogen werden.

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3964

Ausschussprotokoll 16/364

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung am 22. November 2013 durchzuführen.

2 Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Stellungnahme 16/1113
Stellungnahme 16/1121

Ausschussprotokoll 16/363

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP zu.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushalt 2013) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4000

Ohne weitere Debatte stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/4000 zu.

4 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014) 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3802

Ergänzungsvorlage
Drucksache 16/4300

In Verbindung mit:

GFG 2014 fair und sachgerecht ausgestalten – Rot-Grün darf wissenschaftliche Erkenntnisse nicht ignorieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4024

Ausschussprotokoll 16/362

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3802 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN zu.

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/4024 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

5 Gesetz zur Entpolitisierung der Polizei 22

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2336

Ausschussprotokoll 16/318

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/2336 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt; das Votum wird dem federführenden Innenausschuss mitgeteilt.

- 6 Landesregierung darf Kommunen bei Konversation und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversation und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union** 23

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

Ausschussprotokoll 16/314

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN den Antrag der CDU-Fraktion ab. Ein entsprechendes Votum wird dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk mitgeteilt.

- 7 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen** 26

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2622

Ausschussprotokoll 16/334

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend.

- 8 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilhaberorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen (GEPa NRW)** 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

Ausschussprotokoll 16/319

Der Ausschuss will vor einer weiteren Beratung zunächst die entsprechende Durchführungsverordnung abwarten.

9.1 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4139

Und:

Sonderbedarfswendungen im Härtefall nach dem GFG

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1334

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den Innenausschuss.

9.2 Unser Land braucht eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme – hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW 29

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4164

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrages in der Sitzung am 22.11.2013 aufzunehmen.

10 Auswirkungen eines Urteils des Oberlandesgerichts Düsseldorf zu Zins-Swaps auf die Kommunen und das Land 30

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1314

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zu Kenntnis.

11 Steag-Deal ist rechtswidrig – Auswirkungen und Konsequenzen des Oebbecke-Gutachtens 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1324

Information 16/134

Der Ausschuss kommt überein, das Thema nach erfolgter Auswertung voraussichtlich 2014 zu behandeln.

12 Landesregierung muss für kommunale Verteilungsgerechtigkeit bei den Bundesmitteln des Bildungs- und Teilhabepakets sorgen 32

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4158

Der Ausschuss kommt überein, einen Bericht der Landesregierung dazu anzufordern und Anfang 2014 ein Expertengespräch dazu durchzuführen.

13 „Keine Bildung ist viel zu teuer!“ – Beitragsfreie Kinderbetreuung in das neue Kinderbildungsgesetz aufnehmen 33

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4019

In Verbindung mit:

Stillstand im Elementarbereich beenden – KiBiz JETZT evaluieren, weiterentwickeln und stärken

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4026

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/4019 bereits im federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend abschließend beraten worden sei. – Bezüglich des Antrags der Fraktion der FDP Drucksache 16/4026 verzichtet der Ausschuss einvernehmlich auf ein Votum.

14 Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW (NHGTWA-G) 34

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3948

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum zu verzichten und die weitere Beratung allein dem federführenden Ausschuss zu überlassen.

15 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten am Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 35

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP,
und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

16 Fairen Wettbewerb schaffen: Klare energiewirtschaftliche Regelungen bei der Vergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze 36

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4153

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung dieses Punktes in 2014 aufzunehmen.

**17 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften
im Internet 37**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4165

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich nachrichtlich an der im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss geplanten Anhörung zu beteiligen.

Nach Abhandlung der Tagesordnung 38

Der Ausschuss kommt aufgrund der Absetzung der am 06.12.2013 vorgesehenen Anhörung überein, die für denselben Tag vorgesehene Beratungssitzung um 09:30 Uhr zu beginnen.

* * *